

# DEUTSCHLAND

GEREKE

## Beim deutschen Lenin

Parteifreund Adenauer vergriff sich zum zweiten Male innerhalb von vier Monaten in der Wahl seiner Mittel, um seinen niedersächsischen Landwirtschaftsminister Dr. Günter Gereke aus dem Sattel zu heben.

Im Februar erklärte Adenauer vor dem Bundestag, die niedersächsischen CDU-Minister (also auch Gereke) würden aus den das Ansehen der Bundesregierung schädigenden Aeußerungen des SPD-Ministers Kubel die Konsequenzen ziehen und die Regierungskoalition verlassen. Nichts erfolgte.

Jetzt telegraphierte Adenauer an Niedersachsen-Landesvater Kopf, er erwarte, „daß die Regierung Niedersachsens aus dem unmöglichen Verhalten des Ministers Gereke (Konservengespräch mit Ulbricht) die Konsequenzen zieht“. Nichts erfolgte.

Provinz-Sachse Gereke habe sich schon in der Weimarer Republik im Gegensatz zu Konrad Adenauer befunden, behaupten Gerekes Anhänger. Gereke, als 25jähriger Landrat von Torgau schon früh über deutsch-nationalen Reichstagsmandat und Gründung der Landvolk- und Bauernpartei in die ganz große Politik eingestiegen, war damals Vorsitzender des Preußischen Landgemeindetages. Und Konrad Adenauer vertraut als Kölns Oberbürgermeister die im Deutschen Städtetag zusammengeschlossenen Großstädte.

Gereke, als Ostdeutscher und Flüchtling weniger förderalistisch und noch weniger frankophil eingestellt, aber stark um die Vertriebenen-Belange besorgt, verfiel den Gedanken der großen Koalitionen zwischen CDU und SPD.

So alt diese Gegensätze zwischen Adenauer und Günter Gereke sein mögen: an der zeitweiligen Unterbrechung der politischen Laufbahn des unter Reichskanzler Schleicher zum Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung aufgestiegenen Gereke hat Adenauer keine Schuld. Wegen dieser Unterbrechung darf sich Günter Gereke heute als Widerstandskämpfer bezeichnen, obgleich er als Reichskommissar auch dem ersten Hitler-Kabinett angehörte.

Ihm wurde vorgeworfen, er habe aus den Ueberschüssen der Zeitschrift „Die Landgemeinde“ und aus den nicht-verbrauchten Spenden für den Fonds zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg über eine Million Reichsmark unterschlagen. Auf zweieinhalb Jahre Gefängnis lautete das Urteil.

Gerekes Ministerpräsident Hinrich Kopf gab, als Gereke seinerzeit Innenminister in Niedersachsen war, eine Ehrenerklärung ab. der Prozeß sei ein typischer Nazi-Justizskandal gewesen, aufgezümt, um den Politiker Gereke politisch und menschlich fertig zu machen.

Als wegen der ungeklärten politischen Gelder aus den 20er/30er Jahren 1946/47 neue Skandale um Gereke hochgingen, beschloß das Kabinett, „daß Gereke eine Wiederaufnahme des Verfahrens in der sogenannten kriminellen Angelegenheit zu beantragen habe“. Bis heute hat es der nervöse Minister nicht beantragt.

Damals forderten die Briten Suspendierung und Ueberprüfung des Ministers, der nach kurzem Nachkriegs-Zwischenspiel als Leiter der „Innenabteilung der Landesabteilung der Provinz Sachsen“ vom östlichen demokratischen Wiederaufbauwillen enttäuscht nach Niedersachsen übergesiedelt

war und dort die geschäftsführende Leitung der CDU übernommen hatte.

Gereke hat sich auf Fragen nach den wirklichen Vorgängen während des Hindenburg-Wahlkampfes stets beharrlich ausgeschwiegen und bestenfalls durchblicken lassen, er sei durch ein dem Reichspräsidenten von Hindenburg gegebenes Ehrenwort zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Jahre später sickerte erst durch, welche Version Gereke engsten Freunden über den Unterschlagungsfall zu geben pflegt. Um Hindenburg auf alle Fälle im Wahlkampf gegen Hitler durchzuboxen, habe man sich bereifinden müssen, vom Ausland angebotene Gelder zur Auffüllung eines Propagandafonds anzunehmen. Diese Gelder



Des rechten Weges wohl bewußt  
Günter Gereke

seien nie „ganz“ verbraucht worden (über 400 000 RM unverbraucht. lt. Akten der Parteifreunde), und er habe es für richtig gehalten, dem Spender den Rest zurückzureichen. Das habe natürlich nicht über die Bücher laufen können, da ein Bekanntwerden dieser intimsten Intimitäten dem greisen Generalfeldmarschall seinen Nimbus als Vater des Volkes gekostet hätte.

Als Gereke ein zweites Mal niedersächsischer Minister wurde, diesmal Landwirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident, war in seiner niedersächsischen CDU ein erbitterter Zweifrontenkrieg ausgebrochen. Der „rechte“ Flügel wünschte ein politisches Zusammenspiel mit Hellweges Deutscher Partei — wie es Adenauer in Bonn einging.

Links stand Gereke mit einigen Flüchtlingen und den christlichen Gewerkschaften entstammenden Abgeordneten.

Nach langem Gezerre und einem theatralischen Zusammenbruch Gerekes am Rednerpult hatte es der linke Flügel geschafft: Ins Kabinett kamen keine Welfen Hellweges, sondern 5 Sozialdemokraten, 4 Abgeordnete der CDU und ein Zentrumsmann. Gereke konnte sich als Vater der Links-Rechts-Koalition bezeichnen, der Koalition, die Adenauer haßt.

Daß Gereke nach einem eventuellen Hin- und her aus der CDU als unabhängiger Abgeordneter Fachminister bleibt, darauf aber hoffen Zehntausende von ostvertriebenen Bauern, die wie vor ihnen tausend andere niedersächsische Neubauern aus der Aktion Gerekes zur Besiedlung stillgelegter Hofstellen bedacht werden wollen.

Die politisch Aktiven, aber bisher nicht Parteiorganisierten sehen in ihm ihren zukünftigen Führer. Die stärkste niedersächsische Flüchtlingsgruppe, der „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“, hat es schriftlich von sich gegeben: es bestehe nicht der Verdacht, der geschätzte Minister könne wegen ein paar Millionen Gurkenkonserven die Heimat jenseits der Oder-Neiße-Linie preisgeben.

Mit leichtem Zynismus glaubte Adenauer auf einer CDU-Zonenausschuß-Sitzung eine Debatte über seinen Parteifreund Gereke abbrechen zu können: „De mortuis nihil nisi bene — sagt nichts über Tote, es sei denn Gutes!“

Indes, Gereke war es, der mit allen Mitteln in Bonn die „große Koalition“ durchzusetzen und seinen Freund Schlange-Schönungen statt Adenauers zum Bundeskanzler in einem SPD-CDU-Kabinett zu machen suchte. Gereke weigerte sich, den Adenauer-Wünschen nachzukommen und ein Bündnis mit DP und FDP zu schließen. Vor allem aber hat sich Gereke immer wieder entgegen Adenauers Partei-Richtlinien für Ost-West-Erwärmung eingesetzt.

Mit derselben Konzilianz, mit der er mit jedermann verhandeln, mit kommunistischen Abgeordneten Arm in Arm durch die Wandelgänge des Landtags gehen kann, muß er auch mit sowjetischen Offizieren verhandeln können: ihm haben sie es als einzigem nicht nachgetragen, daß er den Wechsel von Ost nach West vollzog.

Bei der Besprechung des „Gesamtdeutschen Arbeitskreises der Land- und Forstwirtschaft“ in Berlin saßen zwei Dutzend Landwirtschaftsvertreter um die Tafel. Ein Dutzend etwa aus dem Westen. Gereke konnte seinem errötenden Minister-Kollegen Brandt aus Sachsen mit „Lieber Herr Kollege“ auf die Schulter klopfen, denn beide kenne sich noch von damals, als Gereke Gutsherr und Landrat in Torgau und Brandt unweit Landarbeiter war.

Gereke sagt, er sei sich des rechten Weges wohl bewußt gewesen, als er in Berlin beim „deutschen Lenin“, Ministerpräsident-Stellvertreter Walter Ulbricht, saß. „Warum sollen wir unsere hier nicht absetzbaren Konserven nicht an die Ostzone abgeben, zumal wenn wir von drüben Zucker, Papier und Holz bekommen können. Ich bin stolz, einen um 10 Prozent höheren Preis als der Bund erzielt zu haben. Jetzt gehen erst einmal sechs Millionen ab, und der Rest von 14 Millionen wird hoffentlich bald folgen.“

„Es liegt auch keine Anordnung vor, wonach ich keine Verhandlungen mit Vertretern der Ostzone führen darf. Diese Bestimmung besteht nur für die Beamten der Bundesregierung. Der gehöre ich aber nicht an, ich bin nicht einmal Beamter.“

Es ist Gerekes altes Ziel, eines Tages, wenn es zu gesamtdeutschen freihheitlichen Wahlen kommen könnte, als Vertreter des Westens in den Osten hineinzusprechen. Und dafür rechnet Gereke allerdings sich selbst größere Chancen aus, als seinem Parteifreund Adenauer.

## LASTENAUSGLEICH

### Wenn es soweit kommen sollte

Finanzminister Fritz Schäffer sperrte seine gewichtigsten Behördenfinanziers im Homburger Ministeriumsableger zusammen. Sie müssen da die Nachkriegs-Besitzverwirrung auseinanderfützeln.

Wenn die Konklave beendet ist, soll das Lastenausgleichsgesetz fertig sein, das Schäffer dem Bonner Bundestag schon für April fest versprochen hatte. Dann endlich wird Jedermann wissen, ob er seinen Teppich in seiner guten Stube liegen lassen darf oder ihn im Umzug der ausgleichenden Gerechtigkeit in die Baracke des nächsten Flüchtlingslagers schaffen muß.

Bisher war Finanzminister Schäffer über vorfühlende und wenig ernstgemeinte Gesetzentwürfe seiner Referenten nicht hinausgelangt. Sie waren allenfalls dazu angetan, den sachte steigenden Parolenbedarf der Bonner Koalitionsparteien für die bevorstehenden Länder-Wahlkämpfe zu befriedigen.

Schäffer mochte für die grobe Vorplanung bei Rhein-Ufer-Gesprächen mit den Ländervertretern in Persil-Henkels einstiger Villa in Unkel nicht einmal seinen Namen hergeben.

Nun hat ihm CDU-Abgeordneter Johannes Kunze, Verwaltungsleiter der Sa-repta-Anstalten von Pastor Bodelschwing in Bethel und Vorsitz des Bundestagsausschusses für den Lastenausgleich, in seinem Zimmer — Nummer 29, Bundeshaus-Südflügel — einen Wegweiser gezimmert. Der zeigt auf

- soziale Befriedung durch gleiche Beteiligung aller an den Kriegs- und unmittelbaren Nachkriegseinbußen in Geld- und Sachwerten bei
- Erhaltung der Wirtschaftskraft und
- gleichbleibendem Steueraufkommen.

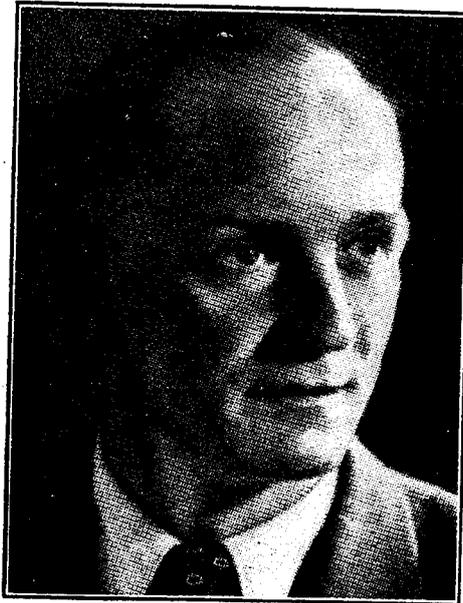
Die Industriebosse unter den Abgeordneten in Bonn und mit ihnen die Agrarier heißen dieses Wegziel Utopia. Die Flüchtlingsvertreter nennen es eine selbstverständliche Notwendigkeit, an deren Verwirklichung sich die moralische Qualität der Bundespolitik mißt.

Die Still-Gefaßten in allen Fraktionen sprechen von einem überdimensionalen Steuergesetz mit großem Aufwand und magerem Ergebnis.

Als erste Frucht seiner Beratungen im Lastenausgleichsausschuß und monatelanger Wühlerei im Unterlagen- und Vorschlagsstapel ließ Abg. Johannes Kunze eine 1000-Worte-Denkschrift vom Bundeskabinett als gesetzgeberische Prinzipienunterlage annehmen. Darin sieht er als Grundlinie für die Ausarbeitung des Gesetzes vor:

- Feststellung der Schäden nach dem tatsächlichen individuellen Umfang;
- Erstattung der Schäden je nach Bedürftigkeit des Geschädigten;
- Aber: bedürftigen Eltern darf der Anspruch nicht beschnitten werden auf Grund der eventuellen guten Vermögenslage ihrer zur Unterhaltsleistung verpflichteten Kinder;
- Möglichkeit, Abgabeverpflichtungen nicht nur durch Geld-, sondern auch durch Sachleistungen zu erfüllen, als gesetzliche Kann-Bestimmung;
- Erfassung der Währungsgewinne durch Vergleich des RM-Vermögens mit dem DM-Vermögen;
- Gleiche Behandlung von Vermögen in Privatbesitz und in Besitz der Öffentlichen Hand.

Um den Gesetzeswust nicht ins Unendliche auszudehnen, will Johannes Kunze Demontage- und Besetzungsschäden nicht



Das gibt Bauernkrieg  
Rechts = Agrarier Preiss

durch Lastenausgleich ausbalancieren. Nur Härtemilderungen sollen in der zukünftigen Praxis gestattet sein.

Fritz Schäffers Homburger Ausgleichs-Equilibristen werden sich nun zunächst über die Prinzipien bei der Schadensfeststellung und der Festsetzung des Entschädigungsaufkommens einigen müssen.

Für sie geben Johannes Kunzes Formulierungen nur die Richtung an. Sie halten sich vor allem an die Fleißprüfungen der Materialsammler aus dem Jahre 1948: des Fünfezner-Ausschusses aus Länderfinanzministern und Parlamentariern und des Einundzwanziger-Ausschusses aus Parlamentariern des Wirtschaftsrates.

Danach haben sie die Wahl zwischen:

- Modell A — Weiterentwicklung des Systems der Soforthilfe. Alle am Währungsstichtag vorhandenen Sachvermögen werden auf längere Zeit mit einer Vermögensabgabe belastet, die jährlich einen einheitlichen Prozentsatz der Sachvermögen beansprucht. Die Leistungsempfänger stehen zunächst in der Reihenfolge ihrer Bedürftigkeit,



Jahre und Millionen vergeudet  
Links = Agrarier Kriedemann

dann nach den Möglichkeiten der Existenzgründung bei überschlägiger Berücksichtigung des einst erlittenen Schadens Schlange

(Gutachtliche Kritik Finanzminister Schäffers: Die Leistung an die Geschädigten wird zu sehr nivelliert, das Aufkommen steht zu einseitig auf Barabgaben.)

- Modell B — Quotale Regelung. Das Durchschnitts-Verhältnis wird ermittelt, in dem sich das Vermögen der im Lastenausgleich Empfangenden und Opfernden durch Kriegs- und unmittelbare Kriegsfolge-Schäden vermindert hat. Die gefundene Relation stellt die einheitliche Quote für den Lastenausgleich dar. Alle diejenigen, die ihr Vermögen zu einem über diesem Durchschnitt liegenden Satz erhalten konnten, haben den darüberliegenden Teil abzugeben zur Entschädigung derer, die nur noch einen unter dem Durchschnitts liegenden Vermögensanteil besitzen.

(Schäffer: Große theoretische Konsequenz. Genaue Wiederherstellung der alten Vermögensschichtung. Sehr schwierige Vorarbeiten, Zersplitterung des Ausgleichs in Kleinbeträge, die nur dem Konsum, nicht aber der Produktion dienen würden.)

- Modell C — Elastische Regelung. Die Belastung besteht aus einer „Sockelabgabe“ auf alle erhalten gebliebenen Vermögen, deren Satz entsprechend den erlittenen Schäden gestaffelt ist und für die Vermögensteile, die gegenüber dem Jahre 1940 einen Vermögenszuwachs darstellen, bis zu konfiskatorischer Höhe steigt. Die Hilfeleistung wird nach Art und Umfang auf den erlittenen Schaden bezogen, wobei jedoch zur Vereinfachung des Verfahrens die Schäden pauschaliert werden. Den Geschädigten sollen Ausgleichsscheine (Zertifikate) ausgehändigt werden, die bei dem auf dem Zertifikat genannten Leistungspflichtigen eingelöst werden. (Einlösung in Geld oder Sachleistung möglich.) Diese Ausgabe von Zertifikaten hatten auch Abg. Wackerzapp (CDU) und Abg. Seuffert (SPD) im Bonner Plenum vorgeschlagen. Sie begründeten den Gedanken mit der Absicht, dadurch den direkten Sachbesitzwechsel (Häuser, Maschinen, Fabrikhallen, Firmenbesitzanteile usw.) vom Ausgleichs-Geber zum Ausgleichs-Nehmer zu fördern. Ludwig Erhards freiwirtschaftliche Währungstechniker weisen das weit von sich. Sie fürchten, die Zertifikate könnten von den Empfängern zweckentfremdet als Zahlungsmittel benutzt werden. Das würde praktisch eine Erhöhung des Geldumlaufs bedeuten und Knieweiche in die DM-Währung bringen können.

(Schäffer: Das Gelingen des Naturalausgleichs ist in dieser Form unsicher. Die Pauschalierung der Schäden ergibt zu große Willkürmöglichkeiten bei der Feststellung.)

- Modell D — Kollektiver Ausgleich. Die Mittel, die aus irgendeiner der zur Debatte stehenden Belastungsarten verfügbar gemacht werden, sollen zugunsten der Geschädigten (z. B. Wohnungsbau, Siedlung, gewerblicher Aufbau) unter Berücksichtigung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Bedürfnisse investiert werden. Beispiel: Ein Teil des staatlichen Wohnungsbauprogramms wird mit Lastenausgleichsmitteln finanziert. In die so erstellten Wohnungen dürfen nur Geschädigte einziehen bzw. an ihnen Besitzanteile — Stockwerkeigentum — bekommen.